

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern 1.50 (inkl. Postzustellung)
Oester. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Mai 1931

5. Jahrgang, Nr. 75

Spanien in Revolution

Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung will nur eine Aenderung der Fassade. Allein schon beginnen sich die Arbeiter zu rühren, mit eigenen Forderungen. Viele Streiks sind im Gange. Diese Situation suchen die Monarchisten auszunutzen. Die monarchistischen Provokationen haben die Massen in Schwung gebracht. Die Redaktion der monarchistischen Zeitung «ABC» wurde zertrümmert, viele Klöster wurden niedergebrannt, Verhandlungen wurden gestürzt. Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung schützt die Monarchisten und Pfaffen mit Maschinengewehren. Die revolutionäre Welle ist im Steigen. Noch stehen die revolutionär gestimmten Arbeiter unter Einfluß der unklaren Syndikalisten. Es ist eine Grundaufgabe der spanischen Kommunisten, die syndikalistische Ideologie in der spanischen Arbeiterschaft zu überwinden und den revolutionären Kampf der Massen auf die kommunistische Linie zu führen.

Portugal

Der Aufstand in Madeira ist dank der Hilfe Englands durch den Sozialdemokrat MacDonald schickte einige Kriegsschiffe nach den Azoren und ließ Truppen landen, welche unter dem Vorwand, es gelte englische Interessen zu schützen, die Aktion der Aufständischen verhinderten und der Flottenaktion des in englischem Dienste stehenden Diktators von Portugal die Bahn brachen.

Rothschilds Raubzug

150 Millionengeschek an die Kreditanstalt aus den Steuergeldern der Massen — Mit Zustimmung der Sozialdemokratie! — Und den Arbeitslosen will die Regierung die Unterstützung rauben, die Angestellten mit Besoldungssteuer und die gesamte Masse mit erhöhten Zöllen plündern!

Die Kreditanstalt hat 140 Millionen Schilling Verluste erlitten. Hauptaktionär ist Rothschild, der allein das Mehrfache in seinem Privatbesitz hat. Außer Rothschild stehen an der Spitze eine Reihe von Kapitalisten, die sich die Verluste auf ihre eigenen Taschen drücken hatten, an Privatvermögen besitzen.

Die Regierung hat sich bereit erklärt, der Kreditanstalt sofort 150 Millionen Schilling bar und durch die Nationalbank weitere 30 Millionen Schilling bar zu schenken. Die Sozialdemokratie hat dazu bereits ihre Zustimmung gegeben, mit der verlogenen Aus-

rede, die «Industrie» müsse vor dem Untergang gerettet werden. Um die Verluste der Kreditanstalt zu decken, bedarf es nicht eines Geschenkes von 150 Millionen aus den Taschen der Massen, sondern eines ebenen Giftes des Staates in die Taschen der Rothschild und Co. Die Verluste müssen gedeckt werden aus dem Privatvermögen dieser Bankmagnaten.

Hände weg von den Taschen der Arbeiter! Keinen Groschen dem Raubritter Rothschild! Konfiskation des Vermögens der Rothschild und Co. zur Deckung der Ver-

luste! Enteignung der Kreditanstalt durch den Staat!

Und diese Regierung, die dem Milliardär Rothschild 150 Millionen schenkt, hat die Stirn, den Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung zu rauben, die Angestellten durch Besoldungssteuer und Entzug der Hälfte des dreizehnten Monatsgehältes und die gesamte Masse durch Zollerhöhungen zu plündern.

Arbeiter! Angestellte! Wehrt Euch! Bildet in den Betrieben und Arbeitslosenstellen Kampfkomitees für den Massenkampf zur Abwehr aller Angriffe!

Kapitalistische Rauboffensive

Fortgesetzter Angriff auf die Löhne — „Ersparungsprogramm“ — Milliardenzollraub — Plünderung der Angestellten — Raubangriff auf die Arbeitslosen

Die Mitterberger Kupfer A. G. (Salzburg) hat der Gesamtbelegschaft (613 Mann) gekündigt. Später sollen nach Auswahl der Direktion 160 Mann wieder eingestellt werden, bei gesenkten Löhnen und gesteigerter Arbeitsleistung. Das ist jetzt die beliebteste Methode, mit der die Kapitalisten den Lohnabbau durchführen.

Gleichzeitig bereiten sie unter dem Titel einer Hilfe für die Arbeitslosen eine zweite Senkung der Löhne aller Arbeiter vor. Die bürgerliche Presse mit ihren faschistischen Preßhunden singt das Lied von der 40-Stunden-Woche. Auch die sozialdemokratische Presse rührt dafür fleißig die Trommel. Ein Teil der Arbeitslosen soll so auf Kosten der beschäftigten Arbeiter Arbeit bekommen, allen sollen um 15 Prozent niedrigere Löhne gezahlt und auf der neuen Basis sollen dann mittels der Rationalisierung neue Arbeitslose aufs Pflaster geworfen werden, um die Voraussetzung zu schaffen für einen dritten Lohnabbau.

Um das Loch im Staatshaushalt zu stopfen, brütet die kapitalistische Regierung über folgendem «Ersparungsprogramm»:

1. Dreijährige Personalsperre in Bund, Ländern, Gemeinden, Bundesbetrieben, Bundesbahnen, Sozialversicherungsanstalten. Nach dem Verwaltungsverordnungsgesetz von 1926 war die Aufnahme in den Bundesdienst gänzlich gesperrt. Seit 1927 hätte sich die Zahl der 97.297 Staatsangestellten um rund 14.600 vermindern müssen. Es wurden wohl 15.000 Arbeiter abgebaut, dafür aber 20.000 Bourgeoisohnchen neu angestellt. Das wollen sie

so auch diesmal bei der dreijährigen Personalsperre.

2. Zwangspensionierung in Bund, Ländern, Gemeinden, Bundesbetrieben, Bundesbahnen und Sozialversicherungsanstalten, um die proletarischen Elemente zu verdrängen.

3. Festssetzung von Ausgabenhöchstgrenzen in den Gebietskörperschaften und öffentlichen Anstalten. Die Ausgaben, die den Arbeitern noch zugute kommen, sollen so gedrosselt werden. Außerdem soll den öffentlichen Angestellten die Hälfte des 13. Monatsgehältes genommen und allen privaten und öffentlichen Angestellten eine Besoldungssteuer auferlegt werden.

Die Entscheidung über den Zollraub, der jährlich dem Staat 140 Millionen mehr und weitere 70 Millionen mehr den Agraariern bringen soll, soll in der nächsten Zeit fallen.

Die Demolierung der Arbeitslosenversicherung soll in den nächsten Wochen vollzogen werden.

Die «Arbeiterzeitung» schmirt lange Seiten zusammen über Morde. Ueber die Profite der Bourgeoisie schweigt sie. Ueber das «Ersparungsprogramm» schweigt sie. Für die Arbeitslosenversicherung hat die S. P. radikale Worte gefunden, aber sie tut nichts zur Mobilisierung der Massen, obwohl die Entscheidung in der nächsten Zeit fallen soll.

Arbeiter! Wehrt Euch! Schafft in den Betrieben und Arbeitslosenstellen Kampfkomitees für den Massenkampf zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe!

Auf Kosten der Kapitalisten!

Schluß mit Lohnabbau! — Keine Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung! — Arbeit und Brot!

Arbeitsmöglichkeiten gibt es in Hülle und Fülle: Ausbau der Wasserkraft, Elektrifizierung der Eisenbahnen, Ausbau der Straßen, Regulierung der Flüsse, Urbarmachung von Oedland, Bau von Wohnungen usw.

Und auch Mittel, um diese Arbeiten in Angriff zu nehmen, gibt es.

Allein das Vermögen, das die Kirche im Laufe der Jahrhunderte den arbeitenden Volksmassen aus den Taschen gezogen, würde für sich allein produktive Arbeiten für mehrere Jahre ermöglichen.

Es ist mehr Geld da als je. Weniger Geld ist in den Taschen der Masse. Aber mehr Geld denn je ist in den Taschen der reichen Minderheit. Das Geld der großen Masse ist nicht verschwunden, sondern nur übersiedelt in die Taschen der Reichen.

In die kapitalistischen Taschen tüchtig greifen, um große produktive Arbeiten damit ins Werk zu setzen, das würde die Lage der arbeitenden Massen erleichtern.

Freiwillig gibt die kapitalistische Räubergesellschaft nichts her. Von den Kapitalisten kann keine Hilfe kommen.

Da die Sozialdemokratie in Arbeitsgemeinschaft mit den kapitalistischen Räubern arbeitet, kann auch von ihr Hilfe nicht kommen.

Es gibt Mittel genug, das Loch im Staatshaushalt zu stopfen.

Die Ausgaben für die kapitalistische Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie, Justiz, für die Pfaffen sind zum Vorteil der Kapitalisten und zum Nachteil der arbeitenden Massen. Es genügt, diese Ausgaben zu streichen. Das Loch im Staatshaushalt

würde gestopft, viele hunderte Millionen Schilling würden da sein, das Los der Arbeitslosen, der alten Arbeiter, der Invaliden, der Witwen und Waisen zu erleichtern.

Man braucht nur die Milliardengeschenke rückgängig zu machen, die der Staat in den letzten Jahren den Kapitalisten gemacht hat, und das Loch im Staatshaushalt würde spielend gestopft.

Aber werden sich die kapitalistischen Räuber dazu verstehen, daß ihr Staat so handelt? Kann von den kapitalistischen Blutsaugern Hilfe kommen?

Und kann Hilfe kommen von der Sozialdemokratie, die Hand in Hand mit ihnen arbeitet, die mit ihnen in den Landesregierungen zusammenregiert, die ihnen selbst in den Gemeinden wo sie die Mehrheit hat die Polizei ausliefert (Linz, Wr.-Neustadt, St. Pölten, Steyr usw.), die darum winselt, von den kapitalistischen Räubern in die Regierung genommen zu werden?

Hat die Kapitalistenklasse Mittel genug, den Arbeitern unverkürzten Lohn zu zahlen? Die Kapitalistenklasse hat riesige Reichtümer, hat volle Taschen. Wenn die Krise heute ihre Profite mindert, so hätte sie desto größere Profite vor der Krise. Möge die Überwindung der Krise vollzogen werden auf dem Rücken der Bourgeoisie, auf dem Rücken des vollgefüllten kapitalistischen Beutels!

Freiwillig geben die kapitalistischen Nimmersatte nichts her. Von der Sozialdemokratie, die Hand in Hand mit ihnen arbeitet, ist nichts zu erwarten.

Die Gewerkschaften sind ein vorzügliches, notwendiges Kampfmittel der Arbeiter. Aber unter sozialdemokratischer Führung, auf sozialdemokratischer Linie, auf der Linie der Arbeitsgemeinschaft mit den kapitalistischen Räufern können die Gewerkschaften die Arbeiter nicht schützen. Damit die Gewerkschaften sich wieder zugunsten der Arbeiter auswirken, müssen die Arbeiter die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaften liquidieren, müssen die sozialdemokratische Linie der Politik und Taktik der Gewerkschaften überwinden, müssen die Gewerkschaften wieder zu dem machen, wozu sie sie errichtet haben: zum Instrument des Klassenkampfes, zum Instrument des Kampfes gegen die Unternehmer.

Auf allen Seiten greift die Bourgeoisie die Arbeiter an.

Auf allen Seiten erweist sich die S. P. als Stütze der Bourgeoisie. So ungeheuer sind die Dienste, die sie gerade jetzt den Kapitalisten leistet, daß die österreichische Bourgeoisie die Heimwehr vorübergehend in den Hintergrund schiebt. Die SP. liefert im großen und ganzen der Bourgeoisie alles, was sie braucht. Das ist für die Kapitalisten billiger, bequemer, als wenn sie die blutige offene Niederwerfung der Arbeiter mit den Faschisten riskieren würden.

So sieht sich die Arbeiterschaft auf sich selbst zurückgeworfen. Heute sucht jeder Arbeiter für sich allein sich zu helfen. Der Arbeiter im Betrieb tut alles mögliche, sich in der Arbeitsstelle zu halten. Der Arbeitslose tut alles mögliche, um zu einer Arbeitsstelle zu kommen. Jeder glaubt, sehr klug zu handeln. Die Erfahrung zeigt, daß dabei der einzelne Arbeiter, daß dabei alle Arbeiter immer tiefer kommen.

Alles Ducken, alles Winden, alles Ausweichen, alle Anstrengungen, dem Schicksal der Klasse für seine eigene Person zu entkommen, hilft nichts. Wenn es heute gelingt, morgen zahlt er darauf.

Was not tut, ist Kampf, und für den erfolgreichen Kampf die Führung!

Der Weg zu Arbeit und Brot, zu auskömmlichem Lohn, zu auskömmlicher Arbeitslosenunterstützung führt nur über den geschlossenen Kampf der ganzen Arbeiterklasse! Dazu müssen die Arbeiter in den Betrieben und die Arbeitslosen auf den Zahlstellen Kampfkomitees schaffen.

Der geschlossene Kampf der ganzen Arbeiterklasse bedarf, um erfolgreich zu sein, einer Führung, die grundsätzlich jede Art von Arbeitsgemeinschaft mit der Kapitalistenklasse ablehnt, die im Verhältnis zur Bourgeoisie nur kennt Kampf, diesen Kampf aber führt realistisch, realpolitisch. Dazu braucht die Arbeiterklasse eine realistische, eine realpolitische revolutionäre Partei. Diese ist nur zu schaffen durch Überwindung der sozialdemokratischen Politik der KP., durch Überleitung der KP. auf die Linie von Marx-Lenin, mit einem Wort: durch die Gesundung der kommunistischen Partei.

Die Zollunion

Der Gang der Ereignisse beweist, daß wir in Nr. 72 den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Durch alle Phrasen hindurch zeigt sich nun klar, daß die französische Bourgeoisie nur den Frieden, nur das Paneuropa wollen, die die französische Hegemonie sichern. Jener Herriot, der immer nur so vom Frieden trift, enthüllt sich als elender Schwindler. Er sagte ebenso offen als frech, daß eine Vormundschaft der französischen Bourgeoisie über die jüngeren Republiken nötig sei! Dieser Herriot war einmal Unterrichtsminister. Jetzt verstieg er sich zu dem Blödsinn, Deutschösterreich sei von Josef II. — germanisiert worden. Die französische Sozialdemokratie ging, so wie es die Sozialdemokratie überall tut, mit der französischen Bourgeoisie Hand in Hand. Um das vor den Arbeitern zu verschleiern, enthielt sie sich der Stimme. Diese Kammerdebatte zeigte einmal unverhüllt die Fratze der imperialistischen Gaunerbande in Paris.

Auch das zeigt sich jetzt vollkommen deutlich, daß die deutsche und österreichische Bourgeoisie mit der nationalen Frage nur elendes Schindluder treibt für kapitalistische Schachergeschäfte; die deutsche Bourgeoisie will Zahlungsaufschuß für die Reparationen, die österreichische Bourgeoisie will eine Anleihe. Der imperialistische Schieber Briand ließ durch

die Blume erkennen, daß sich so was machen lasse. Es werden sich also die Herren Curtius, Schober und Briand finden.

Auch die deutsche Frage kann nur gelöst werden durch die soziale Revolution des internationalen Proletariats.

Wettrüsten

Um 5 Milliarden Dollar, das sind 35.000 Millionen Schilling, jährlich mehr, das ist um 70 Prozent mehr als vor dem Weltkrieg, gibt die Welt heute für Rüstungen aus, erfahren wir aus dem Munde des Präsidenten Hoover. Selbstverständlich redet Hoover genau so heuchlerisch wie die anderen pazifistischen Schwindler Briand, MacDonald und Co. von Frieden, um desto energischer die Kriegsrüstungen zu betreiben. Die ganze Rüstungskonferenz, die die Imperialisten unter Führung des Sozialdemokraten Henderson vorbereiten, ist ein ebensolcher pazifistischer Schwindel.

Wie weit die Rüstungsabsichten gehen, erfahren wir aus dem Militärgesetz, das in Italien gerade jetzt auf der Tagesordnung steht. Danach werden im Mobilisierungsfalle außer allen dienstpflichtigen Männern noch herangezogen alle nichtmilitärdienstpflichtigen Bürger bis zu 70 Jahren, alle Minderjährigen und alle Frauen über 16 Jahre.

13 Jahre sind seit dem Kriegsschluß vergangen. Die SP. wird von Jahr zu Jahr immer mächtiger. 13 Jahre schreit sie: «Nie wieder Krieg!» und «kämpft für den Frieden.» Und das Ergebnis? Es wird gerüstet wie noch nie. Wir reden nicht von dem Militärgesetz Frankreichs, das unter der Führung des Sozialdemokraten Boncour beschlossen wurde und das Mussolini jetzt einfach abschreibt. Wir reden nicht von diesen Sozialimperialisten. Wir reden von den Sozialpazifisten Marke Friedrich Adler. Ihr Pazifismus ist für die Arbeiter keinen Schuß Pulver wert, der Bourgeoisie aber leistet er den unbezahlbaren Dienst, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Die Sozialimperialisten sind die direkten Helfer der Imperialisten, die Sozialpazifisten unterstützen den Imperialismus indirekt, indem sie die revolutionäre Gegenaktion der Arbeiter möglichst lähmen.

Deutschland

Die Regierung Brüning verhandelt fortgesetzt mit Hitler. Die Tendenz zur Verbreiterung der Regierung nach rechts verstärkt sich. Hitler kommt dem mit seiner Mauserung immer mehr entgegen. Bekanntlich hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Verratspolitik darauf aufgebaut, daß die Arbeiter die Opfer, die die SPD. der deutschen Bourgeoisie apportiert, auf sich nehmen müssen, um das große Uebel zu verhindern, daß Hitler in die Regierung kommt. Je mehr nun die Verhandlungen mit Hitler wegen der Verbreiterung der Regierung fortschreiten, desto klarer wird der sozialdemokratische Schwindel zutage treten: Die sozialdemokratische Verratspolitik stärkt den Faschismus und ebnet ihm die Bahn.

Es ist eine Lage, in der eine kommunistische Partei, die auf der Linie des internationalen revolutionären Realismus operiert, die Arbeiter in Massen von der SPD. lösen müßte. Statt dessen sehen wir das Gegenteil: Trotz einzelner Verluste sehen wir ein Anschwellen der reformistischen Welle. Wie furchtbar müssen die Auswirkungen der stalinistischen Politik der KP. sein, daß die SPD. trotz ihres fortgesetzten Verrates, trotzdem der sozialdemokratische Schwindel sichtbar wird, ein Anschwellen der reformistischen Welle verzeichnen kann. Da schreibt die stalinistische Presse vom Sieg der KP., vom Sieg der RGO. und ist nicht imstande, irgendeinen ersten Widerstand gegen die neue Lohnbauoffensive zu organisieren, die die deutschen Kapitalisten mit Unterstützung der SPD. gegen die Arbeiter unter der Losung der 40-Stunden-Woche (ohne Lohnausgleich) zu organisieren beginnt.

Polizeiausrüstung in der Tschechoslowakei

Die «Rote Fahne» berichtet: In der nächsten Zeit sollen in Preßburg nach Prager Muster verschiedene Neueinrichtungen der Polizei durchgeführt werden. Es handelt sich vor allem um Maßnahmen, die bei großen Versammlungen und Kundgebungen gegen die Demonstranten angewendet werden sollen. Es werden Motorspritzen

angeschaft, welche mit mächtigem Wasserstrahl die Demonstranten vertreiben sollen. Wie die Prager Motorspritze sollen auch in Preßburg Automobile mit Maschinengewehren ausgestattet werden. Weiters wird ein Ueberfallskommando ausgerüstet und die Polizeimannschaften der Ueberfallsgruppe mit Tränengasbomben und entsprechenden Gasmasken ausgestattet.

Gegen wen wird die tschechoslowakische Polizei so ausgerüstet? Gegen die Arbeiter! Von wem wird sie so ausgerüstet? Von der tschechoslowakischen Regierung, in welcher bekanntlich sowohl tschechische als auch deutsche Sozialdemokraten sitzen.

Stalins spanische Lorbeeren

Die spanische Revolution ist das erste große Anzeichen, daß die Welle der Weltrevolution wieder anzusetzen beginnt. Umso auffallender, daß sich die Komintern bei ihrer jetzigen Tagung mit der spanischen Revolution so wenig befaßte. Das hat seine guten Gründe. Auf der erweiterten Exekutive im Februar 1930 hat Manuilski als Referent mit Zustimmung Stalins den revolutionären Prozeß in Spanien wörtlich bezeichnet als:

«Eine simple Episode, die keine tieferen Spuren im Geiste der Arbeitermassen hinterläßt und ihre Erfahrung im Klassenkampf nicht bereichert. Ein Teilstück kann für die internationale Arbeiterklasse viel suggestivere Auswirkung haben, als eine solche Revolution von spanischer Art».

So hat der «große Führer» Stalin ein Jahr vor dem Ausbruch der Revolution die Lage und die Perspektiven Spaniens eingeschätzt und dementsprechend hat er seine Vorkerungen getroffen. Unter Stalins Führung hat sich die Komintern um Spanien einfach nicht gekümmert. Die österreichische KP. ist unter Stalin vollkommen heruntergekommen. Aber sie ist noch immer ein Riese gegenüber der KP. Spaniens. Dort besteht eine KP. überhaupt nicht; es bestehen nur einzelne außerordentlich schwache Gruppen, die miteinander lediglich durch den Namen einer KP. Spaniens verbunden sind. Karaköten, der in der industriellen Herz Spaniens und die Millionenstadt Barcelona mit ihrer hochentwickelten Industrie ist das Herz Kataloniens. Die Arbeiter Barcelonas sind infolge anarchischer und syndikalistischer Gedankengänge reichlich verworren, aber an revolutionärem Kampfwillen, an revolutionärer Tatkraft stehen sie den besten Arbeitern der ganzen Welt nicht nach. Und inmitten dieser Stadt von hunderttausenden Arbeitern, die so und so viele revolutionäre Kämpfe schon mitgemacht, hat es Stalin zustande gebracht, daß die KP. Spaniens vor drei Wochen bei den Gemeindevahlen ganze — 175 Stimmen bekommen hat! Die Stalinisten hatten das Angebot der Linksoption zur Bildung der Einheitsfront abgelehnt. So schwach die vom Genossen Nin — er ist erst vor einigen Monaten nach fünfjährigem Aufenthalt aus Sowjetrußland zurückgekehrt; wir haben einen Bericht von ihm über die wahre Lage in Sowjetrußland in Nr. 62 veröffentlicht — geführte Opposition ist, sie brachte es in Barcelona immerhin auf 5000 Stimmen. In Valencia, einer bedeutenden, wenn auch viel kleineren Industriestadt, erhielt die Partei 113, die Linksoption 62 Stimmen. Mit diesen Zahlen vergleiche man die Lügen «unseres Berichterstatters» Peri, der im Auftrag Stalins im Wege der stalinistischen Blätter (auch der Wiener «Roten Fahne») die Arbeiter zu betrügen hat. Und im Lichte dieser Zahlen ermesse man die Qualitäten des «großen Führers» Stalin.

Nicht das geringste hat die von ihm geführte Komintern zur Vorbereitung der Revolution in Spanien veranlaßt, vollkommen unvorbereitet steht durch seine Schuld die kommunistische Partei Spaniens vor den Aufgaben der Revolution. Diese Tatsachen sind ein vernichtendes Urteil über Stalin, über den Stalinismus.

Bezeichnendes Lob

Bei der Eröffnung des Parteitagess der nationalen Volkspartei Chinas (Kuomintang) hob Tschankaischek die Erfolge Stalins und seines Fünfjahresplanes hervor. Daran ist nichts überraschend. Kommunismus als Vorspann für nationalistischen Aufbau, Kommunismus

als ein System gerissener Demagogie, um auf dem Rücken der Arbeiter aufzubauen und sie zugleich darüber zu täuschen, daß die Kräfteverhältnisse der Klassen durch dieselbe Politik fortgesetzt zum Nachteil der Arbeiter verschoben werden, diesen «Kommunismus» Marke Stalin findet selbst ein Tschankaischek für lobenswert.

Worauf es ankommt!

Dank den ungeheuren Anstrengungen und Leistungen der russischen Arbeiter geht in Rußland ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufbau vor sich. So unzulänglich die planwirtschaftlichen Methoden sind, die Stalin anwendet, so zeigt doch selbst die stalinistisch verzerrte Planwirtschaft, welche gigantischen Möglichkeiten, welche riesige Ueberlegenheit eine wirklich sozialistische Planwirtschaft gegenüber den kapitalistischen Wirtschaftsmethoden eröffnen würde. All das können die Arbeiterdelegationen sehen, erkennen, darüber berichten. Allerdings, dazu braucht Stalin die Arbeiterdelegationen nicht. Denn sogar Tschankaischek und Otto Bauer strudeln heute die Erfolge des stalinistischen Aufbaues an.

Worauf es Stalin ankommt und wozu er die Arbeiterdelegationen mißbraucht, ist dies, daß sie ihm helfen, den Arbeitern einzureden, daß der stalinistische Aufbau, daß die stalinistische Politik überhaupt die Position der russischen Arbeiterschaft immer mehr stärke, also die Klassenkräfte in Sowjetrußland immer mehr verschiebe zugunsten der Arbeiterklasse, also in der Richtung zum Sozialismus.

In der letzten Zeit übersprudelt selbst Otto Bauer von Stalins sozialistischem Aufbau. Ein echt austromarxistischer Trick. Wo in den Arbeitern eine Illusion entsteht, da ist der Austromarxismus sofort dabei, sich auf den Rücken dieser Illusion zu setzen, um — die Arbeiter über den Klassencharakter der SP. zu täuschen. In der Tat, wenn Otto Bauer von Stalins sozialistischem Aufbau spricht, dann muß er doch im schlimmsten Falle ein irreder proletarischer Revolutionär sein, also doch ein proletarischer Revolutionär. So spekuliert der gefinkelte Kienberger Bauer auf die Illusionen der Arbeiter über den stalinistischen Aufbau, um die Arbeiter über den kleinbürgerlichen Klassencharakter der Sozialdemokratie zu täuschen.

Seit langen Jahren ist Stalin an der Macht, führt die Russische Kommunistische Partei, die Sowjetmacht, die Kommunistische Internationale. Welche Entwicklungstendenzen zeigen nach den Ergebnissen der stalinistischen Politik die Kräfteverhältnisse der Klassen in Sowjetrußland? Das ist die entscheidende Frage für jeden ernstes proletarischen Revolutionär. Um diese Frage zu beantworten, muß man vergleichen die Position, welche die russischen Arbeiter in Betrieb, Partei, Gewerkschaft, Sowjetstaat unter Lenin hatten, mit der Position, welche sie heute nach neun Jahren stalinistischer Politik in Betrieb, Partei, Gewerkschaft, Sowjetstaat haben. Wer von dieser für den proletarischen Revolutionär einzig und allein entscheidende Fragestellung ausgeht und unter diesem Gesichtspunkt die Maßregeln und Ergebnisse der Stalinpolitik fortlaufend prüft, der erkennt durch alle rechten und linken Schwankungen, durch alle Zickzacks Stalins hindurch die Grundlinie des Stalinismus: Er schwächt je weiter desto mehr die Position der russischen Arbeiter in Betrieb, Partei, Gewerkschaft, Sowjetstaat, er verschiebt die Kräfteverhältnisse der Klassen in Sowjetrußland je weiter desto mehr zum Nachteil der Arbeiter. Er führt Sowjetrußland nicht in der Richtung zum Sozialismus, sondern er verstärkt immer mehr die Gefahr des konterrevolutionären Umsturzes.

Das zu verhindern durch rechtzeitige Überwindung des Stalinismus, durch rechtzeitige Gesundung der russischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale und damit aller kommunistischer Parteien, durch rechtzeitige Umstellung des Stellers der Politik der russischen KP., der KI. und aller kommunistischer Parteien auf die Linie von Marx-Lenin, auf die Linie des internationalen revolutionären Realismus das ist die Aufgabe der Linksoption.

STEIERMARK

Oppositionelle Kommunisten im Kampf gegen die Faschisten

Am 5. Mai berief die faschistische Arbeitslosenorganisation, die «Aktion», eine Arbeitslosenversammlung ein, in der der Exstalinist und spätere Heimatschutzkandidat Melka referierte. Der Zweck der Uebung war, die 200 versammelten Arbeitslosen darüber «aufzuklären», daß die Kommunisten an ihrem Elend ihr Parteisüppchen kochen wollen und daß die Arbeitslosen sich ja nicht hineinreißen lassen sollen. Mit der KP, zu marschieren. Nachdem ein Hakenkreuzler irgendetwas von Statistik dahergestammelt, ergriff Gen. Kernmayr im Namen der KPOe. (Opposition) das Wort, um mit Melka abzurechnen. Nach einem dreiviertelstündigen Referat waren die Herren der «Aktion» so blaß, daß sie keine Entgegnung wußten, und die Arbeitslosen stürmisch forderten, daß Gen. Kernmayr weitersprechen solle. So ergriff er noch dreimal das Wort und hielt den verlogenen Argumenten der Faschisten die Tatsachen des Tages entgegen. Seite Auf-

forderung, sich von den Faschisten nicht berühren zu lassen und mit den Kommunisten zu kämpfen, seine Verteidigung Sowjetrußlands gegenüber den faschistischen Verleumdungen, trotz aller stalinistischen Mängeln, fandeidenschaftlichen Beifall der Arbeitslosen. Der Zweck der Hahnenschwänzer, in die Arbeitslosen einen Keil zu treiben, ist durch die Alarmbereitschaft vollkommen mißlungen.

In der letzten Bezirksleitungssitzung der Grazer Stalinfiliale äußerte sich Fabian mit Hakenkreuzlern, Hahnengern, Sozialfaschisten, dem Koch (seit einiger Zeit ist dicke Freundschaft zwischen Koch-Mahn und den Grazer Stalinbonzen) dürfte diskutiert werden, mit den Oppositionsvertretern (KPOe.-Opposition) aber nicht, da dürfte nur die Faust sprechen... In der Versammlung der «Aktion», wo die Faschisten versuchten, die Arbeitslosen irreführen und sie von der Aktion der Kommunistischen Partei fernzuhalten, war vor Fabian und Genossen keine Spur. Die verhaßte Linksoption aber durchkreuzte im Interesse der Kommunistischen Partei den faschistischen Plan.

Stalins Kollektiven

Die Stahl-Pressen sucht die Arbeiter mit Zahlen zu betäuben, die zeigen, wie die landwirtschaftlichen Kollektiven immer mehr zunehmen. Entscheidend für die Arbeiter ist aber nicht die quantitative Seite des Prozesses, sondern die qualitative Seite, die klassenmäßige Seite, das heißt, die Frage, in welcher Richtung sich im Verlaufe des von Stalin geführten Prozesses die Klassenkräfte verschieben. Nachfolgend geben wir im Auszug einen Artikel des kapitalistischen Ingenieurs Basseches, der seit längerer Zeit die Verhältnisse in Sowjetrußland in Dienste mehrerer kapitalistischer Blätter verfolgt, und fortlaufend zur großen Beruhigung der Bourgeoisie aufzeigt, wie die Stalin-Politik die kapitalistischen Elemente immer mehr stärkt. (D. Red.)

Moskau, 22. April.

Man beobachtet geradezu eine Plünderung des wohlhabenden Teiles der Bauernschaft in die Kollektivwirtschaft... Der Bauer möchte Staatsstipendiat werden und so versucht er, knapp vor dem Eintritt in den Kolchos das letzte Pferd, das er hat, und die landwirtschaftlichen Geräte zu verschleudern, um dann Mitglied des Kolchos zu werden. Der wirtschaftliche Schachzug der Bauern ist ein weiterer Grund der zahlreichen Verhaftungen. Außerdem sieht der Staat strenge darauf, daß nicht feindlich gesinnte Elemente in die Kolchos dringen, um sie zu zersetzen...

Es ist also, als ginge auch im Dorf die radikale Welle besonders hoch und als würde die Generallinie der Partei strikte eingehalten. In Wirklichkeit jedoch versteckt sich hinter der radikalen Scheinattacke auch im Dorf eine entscheidende Schwenkung, denn dieser Radikalismus ist kein Vorhutgefecht einer vorstürmenden radikalen Politik, sondern ein Nachtgefecht, welches den Rückzug verschleiern soll. Wir (die Bourgeoisie! D. Red.) dürfen nicht vergessen, die Kollektivierung ist soweit vorgeschritten, daß heute natürlich ihre Rückbildung das Chaos heraufbeschwören würde. Der Staat ist dabei in einer Zwangslage. Er kann, wenn er sich nicht endgültig diskreditieren will, die Kollektivwirtschaft nicht im Stiche lassen. Und der Großteil der Bauernschaft flüchtet, wie gesagt, in die Kolchos, um Staatspensionäre zu werden. Der Staat aber hat keine Mittel, um diese weitgehende Kolchosbewegung zu finanzieren. So muß er, genauso wie in der Industrie, zu den Formen des Kapitalismus zurückkehren.

Bei ihren Aktionen im Dorf stützte sich die Regierung bisher auf die Gruppe der ärmsten Bauern, auf die Häusler und das ländliche Proletariat. Aus ihnen wurden besondere Organisationen gebildet. Sie erhielten die Leitung der Kolchos. Zu ihrem Vorteil sind die Statuten rechtsgestützt worden. Sie sind überhaupt die Stützen des Sowjetregimes im Dorf seit Beginn der Revolution. Man hat dann im vorigen Jahr den mittleren Bauern eine gewisse Konzession machen müssen. Man dekretierte, die Einzelwirtschaften dürften nur mit ihrem Grund und Boden, mit ihrem landwirtschaftlichen Inventar und ihren Pferden in die Kolchos eintreten. Die Kuh und das Kleinvieh wurde den einzelnen Mitgliedern der Kolchos zurückgegeben. Das war, wie gesagt, eine Konzession, die notwendig wurde, um der fürchterlichen Vernichtung und Schwarzschlachtung des Viehs Einhalt zu gebieten. Es war eine wirtschaftliche Konzession, jedoch keine prinzipielle Aenderung der Politik. Die Einnahmen der Kollektivwirtschaft sollten weiter gleichmäßig unter alle Mitglieder verteilt werden. Wer eine individuelle Verteilung nach eingebrachten Apports oder nach Arbeitsleistung verlangte, wurde als Kulak und Gegenrevolutionär erklärt. Mitglieder der Kolchos waren jedoch nicht nur die aktiv arbeitenden, sondern auch alle Familienmitglieder, der in die

neue soziale Umschichtung im Dorf ist im Gange.

Zuerst ist der Großbauer, im gewissen Sinne auch der Mittelbauer, in Form der Kollektivierung zugunsten des ländlichen Proletariats enteignet worden. Denn dieses ländliche Proletariat war zum Nutznießer des Eigentums der übrigen Wirtschaft geworden, aus welcher das Vermögen der Kolchos gebildet wurde, und die Allgemeinheit hatte auch die Versorgung der Familienmitglieder des ländlichen Proletariats übernommen. Jetzt wird dieses Geschenk des Sowjetregimes an das ländliche Proletariat diesem wieder abgenommen. Im Zentrum der Kollektivwirtschaft steht wieder der Mittelbauer, der etwas hat, das Proletariat wird wieder gezwungen, in die alten Verhältnisse zurückzukehren, mit seiner Muskelarbeit wieder seine große hungrige Familie zu ernähren. Und es ist kein Wunder, daß dieses ländliche Proletariat die straff durchgeführte Veränderung als einen vollkommenen Regimewechsel empfindet. Es ist auch kein Wunder, daß nun die mittleren Bauern sich mehr als die Häusler und die Landarbeiter zu den Kolchos drängen. Denn diesen nimmt die Kolchose, ohne ihnen etwas zu geben, noch die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit auf dem eigenen armen Grund und Boden, der sich doch bis zu der Kollektivierung irgendwie ernährt hat. Der «mittlere» Bauer kann aber auch im Kolchos existieren, denn er hat außer seinem Arbeitslohn doch noch seine kleine Viehwirtschaft, welche dem ländlichen Proletariat fehlt...

Es geht also eine tiefe Umschichtung im Dorfe vor sich. Die Kollektivierung, als ein Mittel der Sozialisierung gedacht, als ein Mittel, um die materielle Differenzierung des Dorfes aufzuheben, beginnt plötzlich zu einem rein kapitalistischen Wirtschaftsorganismus zu führen, der, weil er staatlich beherrscht wird, vielleicht staatskapitalistisch ist, zum Teil auch den Produktionsgenossenschaften der kapitalistischen Länder ähnlich, der aber seine

sozialistische Natur vollkommen aufgibt.

Genau so wie bei der Industrie ist es klar, daß der Rückzug hier nicht haltmachen kann. Vielleicht wird es gelingen, in scharfen Nachtgefechten des Radikalismus dessen Rückzug zu verschleiern und die heute bezogenen sozialen und wirtschaftlichen Verteidigungspositionen des Stalin-Regimes zu halten. Wahrscheinlich aber wird man im Herbst weitergehen, wird man den Rückzug weiter fortsetzen müssen.

Braune Feiglinge

Die Grazer braune Pest verschrieb sich am 8. Mai die Kanone Weißkopf aus München zu einer Versammlung über «Nationalsozialismus als Ueberwinder des Bolschewismus». Als sich Gen. Kernmayr im Namen der oppositionellen Kommunisten zu Wort meldete (die anwesenden Stalinbonzen schwiegen vorsichtig), wurde er mit Gewalt am Reden gehindert und hinausgeschliffen. Die braune Pest kann verläumdern — wenn kein Gegenredner vorhanden ist.

Stalinist Sicher

Schon einmal haben wir die etapiertere solidarische Art des Oppositionsfressers Anton Sicher aufgezeigt. Am 8. Mai, in der Arbeitslosenversammlung, trat nun der mit den letzten Aktionen der KP vollkommen solidarische Führer der oppositionellen Sozialdemokraten vom Land, Hans Pögl, auf und kritisierte in scharfen Worten das hart an einen Provokateur grenzende Verhalten Sichers, der zuerst pathetisch zum Kampf rief, um dann als erster davon zurennen. Hin aus mit solchen Burschen aus der Partei!

KPO (Opposition) Graz

Diskussionsabende: Alle 14 Tage finden im Kommunekeller Diskussionsabende statt. Sie werden in der «Arbeiter-Stimme» immer vorlieber bekanntgegeben.

RGO — „Sieg“

Der Berliner «Volkswille» (Lenin-Bund) bringt einen Artikel über die deutschen Betriebsratswahlen, dem wir folgendes entnehmen:

Für dieses Jahr hat die KPD die Anwesenheit gegeben, überall RGO-Listen aufzustellen... das heißt, «Einheitslisten der Gesamtarbeitserschaft der sozialdemokratischen, christlichen, unorganisierten, kommunistischen und irreführenden Naziproleten».

Ganz abgesehen davon, daß das Zusammengehen der KPD mit Nazis, Gelben und Christen gegen die freien Gewerkschaften eine ungeheure Verwirrung in den eigenen Reihen anrichtete, hat diese Taktik nicht vermocht, die freien Gewerkschaften mit ihrem Einfluß zurückzudrängen, wohl aber hat sie die Kluft zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern ungeheuer vertieft...

Als konkretes Ziel war gesetzt, in 3500 Betrieben Listen zustandezubringen. In Deutschland sind etwa 40.000 Betriebe, in denen Betriebsratswahlen vorgenommen werden. In noch nicht 10 Prozent dieser Betriebe also führte sich die KPD stark genug, eigene Kandidaten ins Spiel zu bringen. Das beleuchtet die Behauptung, daß die KPD «nahe daran ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern» genügend.

Relativ gut abgeschnitten hat die RGO im Ruhrgebiet, dort hat sie zum Teil in wichtigsten Betrieben tatsächlich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, in vielen Fällen die freien Gewerkschaften weit überflügelt, dort kann sie auch vielfach eine Zunahme der Stimmen

Wichtige Großbetriebe

	RGO		Fr. Gewerkschaft	
	1931	1930	1931	1930
Weserwert, Bremen	152	829	1122	1538
Borsig, Berlin	1059	399	855	21.140
Ullstein, Berlin	8	0	8	12 4
Leib, Jena	1341	1286	1719	2001
Zorenz, Berlin-Tempelhof	775	1384	614	874
Krupp, Essen	3360	5008	4754	7397
Krupp, Reinhausen	1779	2137	1133	1285
Dortmunder Union	1791	1249	1382	2703
Opel, Frankfurt	884	1669	4231	4392
Mix & Genest, Berlin	348	537	840	861
Flohr, Berlin	357	574	265	178
AEG Ackerstraße	953	1214	1074	1172
AEG Kabelwerke Oberspre	1259	1467	1374	1642
AEG (Gesamt)	40	49	49	50
IG-Farben, Leuna	3510	4763	2993	5093
IG-Farben, Oppau	2603	1899	4455	6373
Stickstoff, Pisteritz	483	1145	1321	1030

Dieser letzte Betrieb ist einer von denen, in denen die KPD einen Streik durchführte, den die RGO führte. Das Ergebnis drückt sich in den Betriebsratswahlen aus. Ähnlich ist es bei der Chemnitz Straßenbahn. Sie hat einen Streik der KPD. Ergebnis 50 statt 888 Stimmen für die RGO, 777 statt 497 freigewerkschaftliche Stimmen...

Das Gesamtbild ist alles andere als ein Sieg der KPD. Das ist, was weniger, als die Wahlen in den Betrieben, wo SPD und freie Gewerkschaften die Brüning-Regierung mit ihren Notverordnungen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Trotz dieser verräterischen Politik haben sich die Reformisten in den Betrieben behaupten können. Es kommt hinzu, daß die Stimmabgabe für die RGO oftmals nur als eine Demonstration gegen die reformistische Führung in den freien Gewerkschaften zu werten ist, das sie keineswegs bedeutet, daß die Wähler der RGO auch die RGO- und KPD-Lösungen zu befolgen gewillt sind. So stimmte die Mehrheit der Leunawerke für die RGO aber gegen eine Arbeitsruhe am 1. Mai...

Die Eroberung der Mehrheit in den Betrieben durch die RGO erweist sich als eine gefährliche Illusion der RGO-Strategen. In Wirklichkeit

20. Mai, 1/8 Uhr, Kommunekeller, spricht Gen. Kernmayr über: «Die Arbeitslosenkrise und wir oppositionelle Kommunisten». Genossen, wendet für unsere Politabende!

Kassierung. Die Gesamtkassierung muß dieses Monat erledigt werden. Wer bis Letzten seine Beiträge nicht bezahlt hat, gilt als ausgetreten!

Ausschluß. Fritz Beric wurde wegen unproletarischen Verhaltens ausgeschlossen. Hermann Svetitsc wegen andauernder Inaktivität gestrichen.

Aus der Eewegung

Montag: Wehrsportappell. Punkt 1/8 Uhr abends in der Kommune. Leiter: F. Kerschentsch und Kernmayr.

Dienstag: Marxistischer Bildungskurs. Beginn 8 Uhr abends, Kommune. Leiter: Fr. Krug.

Freitag: Trainingsabend: Boxen, Stemen, Säbellechten. Beginn 1/8 Uhr abends in der Kommune. Leiter: F. Raaber und M. Schwarz.

Genossen! Wir haben die sportliche Tätigkeit auf einen Abend zusammengeändert, um unsere Genossen für den politischen Kampf frei zu bekommen. Bescheidet euch in dem engen Raum so gut es geht. Es geschieht im Interesse unserer Bewegung! Die Kreisleitung.

Allen Genossen, die aktiv an unserem Neleverkauf mitarbeiteten, proletarischen Dank! Es wurden dem Verband durch S 180... zugeführt! Das 1.-Mai-Komitee.

Ausschluß. Arthur Skerlez wurde am 5. Mai wegen andauernd unproletarischen Verhaltens einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. Die Kreisleitung.

Das Gesamtergebnis für das Ruhrgebiet und Oberschlesien im Vergleich zum Frühjahr zeigt aber ein anderes Bild.

Bergbau (Ruhrgebiet):

	1931	1930
Freie Gewerkschaften	80.119	128.902
RGO	62.635	68.824
Christliche Gewerkschaften	54.165	77.694
Nazis und Gelbe	18.185	8.835

Bergbau (Oberschlesien):

	1931	1930
Freie Gewerkschaften	8.700	13.276
RGO	12.980	13.350
Christliche Gewerkschaften	6.000	8.300
Nazis und Gelbe	5.260	2.432

Neben den Verlusten der freien Gewerkschaften, die keineswegs einen entsprechenden Zuwachs der RGO ergeben haben, also ein Anwachsen der Nazis und Gelben, also der faschistischen Gefahr.

In dem wichtigen Mannheimer Industriegebiet war das Ergebnis für die RGO sehr mäßig, in Hamburg ist die RGO fast von der Branche verschwunden. Auf den Werten erlitt sie bei Blohm & Voß einen empfindlichen Rückschlag von 342 auf 1332 Stimmen.

Wie sieht es nun in den wichtigsten Großbetrieben Deutschlands aus, wie insbesondere in den Verkehrsbetrieben und in den Betrieben, in denen die KPD jahrelang die Vorherrschaft hatte, solange sie auf freigewerkschaftlichen Listen auftrat oder wo sie gar einen Streik durchführte?

Ankündigung!

Das «neue» Kreditsystem, das Stalin eben einführt, ist das alte — kapitalistische Kreditsystem.

Die «kaufmännische» Gebarung, die er einführt, ist die kapitalistische Gebarung.

Seine «bessere» Lebensmittelversorgung ist die Lebensmittelversorgung zu erhöhten Preisen nach kapitalistischem Muster.

Unter Vorspiegelung eines «sozialistischen» Aufbaus führt Stalin, die sozialistischen Elemente schwächend, preisgebend, immer näher zum — Kapitalismus.

In der nächsten Nummer werden wir darüber ausführlicher berichten.

Vor und nach den Wahlen

Die Mutter meines Freundes suchte durch Zufall vor den Wahlen, da sie kaum fünfjähriger Arbeit arbeitslos wurde, um Pfünde an. Obwohl sie 62 Jahre alt ist, hat ihr der ArmeNZat «kaum arbeitsfähig» geschrieben. Trotzdem kam der Fürsorger Swoboda, XII., Schallergasse 30, Nachschau zu halten. Es ergab sich ein Gespräch über die Wahlen. Der Herr Fürsorger meinte «na hoffentlich wählen sie rot samt ihren vier Söhnen». Die Frau sagte, wir sind eine Arbeiterfamilie, wir wissen was wir zu wählen haben. Damit war die Pfründe auch schon erledigt und bewilligt. Zu der Zeit arbeiteten alle vier Söhne. Ja es war vor den Wahlen! Aber gerade vier Monate nach den Wahlen wartete die Frau vergebens auf ihr Geld. Als sie zum Magistrat ging, mußte sie zu ihrem Erstaunen hören, daß sie abgewiesen worden war, da «keine Notlage vorhanden», obwohl jetzt drei Söhne nichts verdienen und arbeitslos sind. Ein Sohn ist selbst Vater und Gatte. Der hat nach seiner Magenoperation seinen Posten als Meister verloren, somit bekommt er auch keinerlei Unterstützung und kann seiner Mutter nichts geben. Der zweite bezieht eine Arbeitslosenunterstützung von S 13,25, ja kann der seiner Mutter etwas geben? Der dritte bezieht S 16.— Arbeitslosenunterstützung, wovon er S 15.— Kostgeld gibt. Was der? Der vierte arbeitet mit S 45.— Lohn und gibt S 20.— Kostgeld, S 2.— Wochenkarte, S 5.— Krankenkasse, S 1.50 Organisation. Jetzt fällt auf ihn noch Gas, Licht und Zins, was soll denn der seiner Mutter geben? Denn der Herr Fürsorger sagt jetzt nämlich: «wenn Ihnen jeder Sohn einen Schilling gibt pro Woche, so haben Sie auch die S 16.— Pfünde im Monat herinnen». So spricht die Sozialdemokratie nach den Wahlen.

Ein Arbeiter.

„Genosse“ Fabrikant

Vor einiger Zeit schon hat unsere «Arbeiter-Stimme» über den famosen Sozialdemokraten, «Genossen», Hausherrn und Strumpfherren Fabrikanten Malawer berichtet: wie er eine Angestellte ohrliegte, sie ohne den ihr gebührenden Lohn entließ und geklagt werden mußte. Nun hat vor dem Gewerbegericht die Verhandlung stattgefunden und Genosse Fabrikant und Funktionär wurde zur Zahlung verurteilt. Aber der Sozialdemokrat Malawer hat es mit dem Abbau der «Soziallasten» bald eiliger als der Christlichsoziale Resch: flugs rekurrierte er! Und die Angestellte kann noch ein paar Monate auf das ihr gesetzlich zustehende Geld warten, bis sich der feine Auch-Genosse zur Zahlung bequemen wird.

Aber eine sehr interessante Seite dieses Falles Malawer müssen wir aufrollen: Hier können die Arbeiter sehen, wie gefroren ist die Sozialdemokratie, wie hinter Licht zu führen! Die «Arbeiter-Zeitung» bringt nämlich im Ton der Entrüstung einen Verhandlungsbericht über die Unternehmerrhetorik des Herrn Malawer. — schweigt aber vollständig über die Tatsache, daß derselbe Unternehmer und Hausbesitzer Malawer eingeschriebenes Mitglied und Funktionär der sozialdemokratischen Partei ist!

Aber sowohl das Reden, wie das Schweigen, besser Verschweigen, ist hier tief begründet. Reden und sich entrüsten über Malawer — das muß die Sozialdemokratie, um die Arbeiter zu foppen und hinter sich zu halten; und schweigen über die Parteizugehörigkeit Malawers muß sie, weil sonst die Arbeiter zu deutlich den kleinhürgerlichen Klassencharakter der Sozialdemokratie sehen würden! Denn die Malawer als Klasse, als Kleinbürgertum, im Bunde mit einer dünnen Oberschicht verkleinbürgerlicher Arbeiter, mit Partei- und Gewerkschaftsburekraten — die führen in der Sozialdemokratie die Arbeiter hinter sich — für «kleinhürgerliche Interessen! Die Arbeiter dürfen zwar raunen, dürfen nörgeln, und sie haben Grund genug dazu, denn die Erfahrung der letzten zwölf Jahre hat ihnen harte Schläge versetzt, und müssen alle die Folgen der kleinhürgerlichen Politik der Sozialdemokratie auf sich nehmen, solange sie sich nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Partei von den Malawers kommandieren lassen! Die Entfernung der Kleinbürger aus der Sozialdemokratie wird den Arbeitern ebensowenig gelingen, wie die Entfernung der Unternehmer aus den Betrieben mit Hilfe der Sozialdemokratie; beides ist unmöglich bei dem kleinhürgerlichen Klassencharakter der Sozialdemokratie! Nur die Stärkung ihrer Klassenpartei, der Kommunistischen Partei, kann die Arbeiterschaft wieder vorwärts- und aufwärtsbringen, — durch Klassenkampf für ihre, für proletarische Interessen. Das lehrt vor allem der Fall Malawer.

Arbeiterkulturbund „SPARTAKUS“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. B 30-6-58.

Wir machen auf die gemeinsam mit der K. P. Oe. (Opposition) veranstalteten, an anderer Stelle des Blattes angekündigten Bildungsabende aufmerksam.

Jeden Freitag von 7/8 bis 10 Uhr abends.
24. Mai: 1/9 Uhr Endstation Stadtbahn Hüteldorf über Sofienalpe—Steinriegl—Windischhütten. Nachzügler: Endstation Neuludweg, 1/2 Uhr, über Klosterberg ins Weidlingtal. Treffpunkt: Gasthaus 500 Schritte von der Abzweigung nach Sievering, 1/4 Uhr.
25. Mai: 1/10 Uhr Endstation 41 (Pötziensdorf). Treffpunkt für Nachzügler Jubiläumswarte, 3 Uhr. (Kürzeste Verbindung Straßentbahn 46, dann 47.)

31. Mai: 1/9 Uhr Endstation Kagran. Treffpunkt für Nachzügler 3 Uhr beim Roten Hiasl.

Heraus mit der Sprache!

Unter diesem Titel wiederholen wir zum dritten mal folgende öffentliche Frage an die «Rote Fahne»:

In Nr. 72 der «Arbeiter-Stimme» haben wir den Erlaß Stalins vom 25. März 1931 veröffentlicht, worin er neuerlich die Rechte der Arbeiter aufs schwerste beschnidet. Es heißt darin unter anderem: Es wird sechstens die Verkürzung der Arbeitszeit für Bildungszwecke, soziale Tätigkeiten usw. als unzulässig erklärt. Jegliche derartige Tätigkeit, ebenso die Mitwirkung der Arbeiter an öffentlichen Aemtern, an Ausschüssen, an der Parteiarbeit, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen, endlich die eigene «Arbeit in den Massen» für diese Organe ist durchwegs auf die arbeitsfreie Zeit zu beschränken. Dieser Erlaß, der nur ein Glied ist einer langen Kette solcher Erlässe, zeigt, wie Stalin systematisch die Rechte der Arbeiter, die Machtstellung der Arbeiterschwächt, untergräbt, und zwar insbesondere im Betrieb. Die Stalin-Schmoocks in der «Roten Fahne» schreiben sich die Finger wund über die Betriebe, die errichtet werden. Aber für die Arbeiter ist viel wichtiger, wie es in diesen Betrieben den russischen Arbeitern geht, welche Rechte sie darin haben und wie es überhaupt um die Machtstellung der Arbeiter steht. Um diese entscheidenden Fragen drückt sich die «Rote Fahne».

Heraus mit der Sprache!

Aus der Partei

Wen schickt das Stalin Z. K. in die Lenin-Schule

Ein altes Hernalser Parteimitglied schreibt:

Man kann seine Blicke wenden wohin man will, man wird überall, wo die Beamten Stalins, die Herren Kopenlig, Honner, Schüller, Schorr, Benedikt und Kumpanei ihre Hände im Spiel haben, nichts als Korruption finden. Sp. sieht man auch bei der Entsendung in die Lenin-Schule nach Moskau, wie moralisch verkommen das Z. K. ist: einen Zwiefelhofer findet es würdig, die Leninschule zu besuchen. Ueberhaupt hat das Z. K. mit seinen Lenin-Schülern Pech, denn alle, die die Lenin-Schule absolviert haben und dann nach Oesterreich zurückgekehrt sind, konnten nicht im geringsten beweisen, was sie drüben gelernt haben. Diese ehemaligen Lenin-Schüler haben alle vollständig versagt, wie zum Beispiel: Nach Polzer kam Hexmann. Dieser lernte dort nur 1/4 Liter 80grädigen Wodka auf einen Schluck austrinken. Dann kam die Leitner, na, die sieht durch ihre Stalin-Brille immer mindestens 1000 Leute bei ihren Versammlungen in Kaptenberg usw. (schade um das Lehrgeld). Voriges Jahr wurden dann die Zucker, Fuchs und Zwiefelhofer in die Lenin-Schule entsendet, was allen Schweinereien des Z. K. die Krone aufsetzt. So unscheinbar und unbedeutend das dreikäsehohe Bürschen Zwiefelhofer auch ist, er ist ein gefinkelter Junge und auserwähltes Protektionskind der Kopenlig, Honner, Benedikt, Schorr und Schüller. Es ist notwendig, seinen Lebenslauf zu schildern, damit die Genossen sehen, welche Leute unter dem heutigen Regime der Stalin-Feldwebel Karriere machen. Zwiefelhofer Karl war früher Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Durch sein Umeinanderlungern im Jugendsekretariat wurde er als würdig gefunden, einige wichtige Funktionen zu übernehmen. So wurde er zum Leiter der Jungpioniere eingesetzt. Als solcher und als Jugendreferent hielt er «Referate», wobei sich die Jugendgenossen köstlich amüsierten; denn was er da zusammenzuzelte, war schon mehr als Blödsinn. Zwiefelhofer war zu dieser Zeit schon berüchtigt, da er überall Geld ausborgte, Schulden machte und

Auf jedem Stadtbahnperron kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof, Hundsturmplatz, Domeshof.

sogar in die Provinz fuhr und von den Partei- und Jugendorganisationen Geld «ausborgte», indem er erklärte, er reise im illegalen Parteauftrage und benötige dringend Geld. «Früh übt sich, wer ein Meister werden will.» Als ihm die Schulden über den Kopf wuchsen, machte er seinen Hauptcoup: er «borgte» sich aus der Kasse der Jungpioniere zirka 400 S aus (50 Dollar und etliche Schilling) und — «übersiedelte» nach Paris. Lange Zeit ließ er nichts von sich hören, bis er dann dem Jugendsekretariat schrieb, die 400 S habe er nur «irrtümlich» mitgenommen, er werde sie ganz bestimmt retourgeben. Er wurde während seiner Abwesenheit wegen dieser Schweinerei ausgeschlossen und sein Ausschluss vom Z. K. bestätigt! Nach langer Zeit kehrte er nach Oesterreich zurück und betätigte sich trotz seiner Heldentaten wieder in der Partei. Denn er war selbstverständlich sofort 100prozentig linientreu und fand als solcher sofort offene Arme bei den Kopenlig-Fraktionisten, die gerade solche Elemente brauchen, die infolge ihrer Vergangenheit williges Werkzeug für Kopenlig und Kumpanei sind. Zwiefelhofer wurde später dann zum Mitglied der Stadtleitung ernannt und wurde bolsodeter Parteinstruktur. Und diesen Menschen schicken Kopenlig und Comp. als Referenten in die Zellenversammlungen und gaben ihm unbeschränkte Vollmachten. Dieser Zwiefelhofer war lange Zeit eine wichtige Persönlichkeit im Bunde der Korruptionisten. Bis seine Geschichten immer mehr Staub aufwirbelten, da war das Stalin-Z. K. gezwungen, Zwiefelhofer verschwinden zu lassen und schickte ihn — in die Lenin-Schule nach Moskau! Die G. P. U., die in Rußland hunderte ehrliche Revolutionäre einkerkt und verschickt, wie Rakowsky usw., die hätte hier Gelegenheit, da sich Zwiefelhofer in Moskau befindet, dem Zwiefelhofer das Handwerk zu legen und ihm der längst verdienten Strafe zuzuführen. Denn daß ein solcher Mensch die Lenin-Schule besucht, stellt alles in den letzten Zeit vorgefallen ist. Wird die G. P. U., die sonst ein feines Ohr bei oppositionellen Genossen hat, auch Zwiefelhofer verschicken? Oder ist er auch schon zum Stiefputzer Stalins avanciert und dadurch immun?

Den Parteigenossen aber muß der Fall Zwiefelhofer eine dringende Mahnung sein, aufzuwachen und nicht länger zuzusehen, wie das Korruptions-Z. K. weiter sein Unwesen treibt und korrupte Elemente fördert. Diesem einer proletarischen Partei unwürdigen Zustand muß ein Ende gemacht werden, sonst reißen Zustände ein, wie sie nur von der Heimwehr übertroffen werden. Den Stalin-Beamten muß unser Ruf: **Hinaus mit allen Korruptionisten! Vorwärts zur Gesundheit und Reinigung der Partei!** in den Ohren gellen und in kürzester Zeit verwirklicht werden. Genossen, an die Arbeit!

Nicht aufschneiden! Bei der Kundgebung am 1. Mai marschierten im Zuge 2500 Teilnehmer, davon 300 Mann Arbeiterwehr. Der Vorbeimarsch dauerte 19 Minuten in lockerer Voreinheit. Im Vorjahr dauerte der Vorbeimarsch 25 Minuten. Vor kurzer Zeit hatte die «Rote Fahne» unter dem Titel «Arbeitslose besetzen das Grazer Rathaus und die L. B. K.» berichtet, daß 7000 bis 8000 Arbeitslose in Graz von der Annengasse bis zur Manengasse demonstriert. Von Augenzeugen erfahren wir, daß sich leider nur 400 bis 500 Arbeiter beteiligten. Wozu dieses Aufschneiden? Die Bourgeoisie, die Sozialdemokratie werden dadurch nicht getäuscht. Aber das Stalin-ZK braucht diese Aufschneideren, um die Arbeiter, vor allem aber die eigenen Parteigenossen zu täuschen.

Stalin-Sumpf

In der Grazer Stalin-Filiale schaut es sehr mieß aus. Der Oppositionsfresser Fabian hat in einer Naziversammlung dem faschistischen Referenten recht gegeben! Um solchen Riesenblamagen vorzubeugen, wurde ihm der Mauikorb umgehängt. Der Hauptkassier, jetzt Kolporteur der «R. F.» bei der Finanz, wurde aus der Bezirksleitung ausgeschieden, da seine Geldgebarung zu «undurchsichtig» war. Anlässlich des Wirbels im Grazer Metallarbeiterversband, veranstaltete die Bzleitung eine Metallarbeiterversammlung: Anwesend waren 5 Kriminalbeamte, 10 Parteimitglieder, 1 Mitglied der KPÖ (Opposition), ein Beobachter von der SP, zusammen 18 Personen. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, da der Einberufer Hir-

zer an sie überhaupt vergessen hatte und einfach nicht kam. Kosten 10 S für den Saal, 5 S für Flugzettel. Resultat: Null. Ergebnis nach der «Roten Fahne»: Wachsender Einfluß der KP auf die Grazer Metallarbeiter. Vorige Woche traf hier im Auftrag des Stalin-ZK eine gewisse Melanie Grünberg für einen Monat ein, um das Stalin-Geschäft in die Höhe zu bringen. Die wird das Kraut bestimmt fett machen.

Pat als Tintenfisch

Bekanntlich spritzen Tintenfische, wenn jemand ihnen auf den Fersen ist, eine schwarze Flüssigkeit aus, um zu entkommen. Dieselbe Methode versuchen die Daniel & Co. Am 11. Jänner hat sich die Mahnrufgruppe, die Linksoption verrätend, mit den Graf & Stift auf einer stalinistischen Plattform zusammengeschlossen. Einige Zeit darauf wurden die Daniel & Co. aus der Internationalen Linksoption hinausgeschmissen, nicht zuletzt wegen ihres ehrlosen Verhaltens in der Sache Kernmavr, worüber das Nähere im Internationalen Bulletin der Linksoption zu lesen ist. Zum Bruch zwischen Mahnrufgruppe—Graf & Stift kam es beliebig nicht aus politischen Gründen. Graf & Stift haben darüber am 2. Februar folgendes veröffentlicht, ohne daß der Mahnruf es bis heute gewagt hätte, das zu bestreiten: «1. Statt den Lesern zu sagen, daß die Mahnrufgruppe aus der Einigung ausgeschaltet ist, erzählt ihnen Daniel über eine «Bildung der Linksoption Oesterreichs». — 2. Statt den Lesern zu sagen, daß die Mahnrufgruppe buchstäblich binnen vier Stunden ihre politische Plattform aufgab und sich zu einer diametral entgegengesetzten (stalinistischen) schen! (Die Red.) bekannte, erzählt er von einer «bedingten» Zustimmung zur Plattform Graf's als einer «Diskussionsgrundlage», obwohl weder auf der Einigungskonferenz noch in dem von Daniel verfaßten (und verfälschten) Bericht in der Zeitung, noch in dem von Daniel gutgeheißenen Leitartikel, noch in dem von Daniel verfaßten Brief an das Internationale Bureau ein einziges Wort darüber erwähnt ist. — 3. Statt zu sagen, daß für die Mahnrufgruppe politische Fragen, wie Stellung zur russischen Revolution, zum Fünfjahresplan, zur Kollektivisierung — Nebensache sind, behauptet Daniel, es seien an sich Fragen von «zweit-rangiger Bedeutung». — 4. Statt zu sagen, daß die Ausschaltung der Mahnrufgruppe wegen ihrer organisatorischen Geleiste und hauptsächlich wegen der zentralen Kassa geschehen ist, murmel er etwas von «Verpflichtungen gegenüber den Prinzipien» (Daniel und Pranzipien). In der schönsten Sprache nennt man das alles Lüge in den politischen noch dazu — nach dem Graf: Opportunismus oder politische Lumperei. Damit ist das Problem der Mahnrufgruppe erschöpft. Wir sind nun froh, von einer politischen Gemeinschaft mit solchen Elementen befreit zu sein.»

Die Mahnrufgruppe versuchte danach, sich wieder an die internationale Linksoption anzuschließen. Das gelang nicht. Also schmierte sie sich an den Stalinismus, stellte durch lange Wochen jede Kritik gegen den Stalinismus ein und verhandelte inselheim mit dem ZK über Kapitulation. Wiederholt haben wir das veröffentlicht, doch die Daniel und Co. blieben taub und stumm und wollten nicht Farbe bekennen. Aber die Verhandlungen spießen sich. Jetzt beginnen die Daniel und Co. auf einmal wieder ihr sinkes: Herz zu entdecken, indem sie drei Seiten ihres Blättchens mit Artikeln aus der linksoptionellen Presse füllen. Selber Stellung nehmen trauen sich diese Helden nicht, um sich nicht wieder zu blamieren. Natürlich suchen die Herrschaften jetzt über ihre allerletzte Phase der geheimen Verhandlungen mit dem Stalin-ZK hinwegzukommen, und zwar mit dem Geschrei von einem Block der KPÖ (Opposition) mit Toman. Auch diese dicke Lüge wird dieser Gesellschaft zur Verbreitung von Verworfenheit mittels Verrat, ehrlosen Mitteln, Lügen und Kohl nicht helfen: Das Urteil über die Daniel und Co. ist nicht mehr zu erschüttern.

Voranzeige!

In der nächsten Nummer veröffentlichen wir einen Aufsehen erregenden Artikel über die ungeheuerlichen Schweinereien der österreichischen «Bauarbeiterstoßbrigades» und über die noch schändlichere Rolle der Kopenlig, Zartl & Co. im Bauarbeiterstreik.

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend. Montag, den 18. Mai, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, Beginn 1/8 Uhr. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. **Bezirksorganisation Ottakring.** Jeden Freitag abends (Beginn 1/8 Uhr) in Fanowitz' Gasthaus, XVI., Koppstraße 47, Gruppenabend, Tagesordnung: 1. Organisatorisches; 2. Aktuelle politische Fragen; Diskussion über das ABC des Kommunismus. **Preisfonds.** I. H. S 1.—, G. S 4.50, H. S. 5.—, Ne. S 1.—

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipitschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.